

Anlage Teilnahmeantrag

add LEGAL Rechtsanwälte und Notar
Adelheidstraße 4/5
30171 Hannover

Ort, Datum
Hannover, den 30.04.2026

Vergabe/Projekt Nr.:
5180 Stadtbahnverlängerung Garbsen Mitte –
Auslobung Ideenwettbewerb Dachlandschaft

An alle Bewerber

Verfahrensart
Ideenwettbewerb mit Teilnahmewettbewerb

Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags:
01.06.2026, 12.00 Uhr

Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags

Vorhaben: Wettbewerb für die Planung einer innovativen und gestalterisch hochwertigen Dachlandschaft für die neue Endhaltestelle der Stadtbahnlinie 4 in Garbsen

EU-Bekanntmachung
vom: 30.04.2026 (Tag der Absendung)

Teilnahmeantrag von:
(Bewerber bitte ergänzen!)

Unternehmen

(mit Rechtsform angeben!):

Ansprechpartner:

Adresse:

E-Mail:

Abzugebende Erklärungen:

- Ziffer 1: Abgabe der Erklärungen, Beifügung von Unterlagen
- Ziffer 2: Eigenerklärung Berufsqualifikation
- Ziffer 3: Eigenerklärung Berufshaftpflicht- und Vermögensschadenversicherung
- Ziffer 4: Ausländisches Büro
- Ziffer 5: Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
- Ziffer 6: Zustimmung zur Datenverarbeitung
- Ziffer 7: Hinweis auf Folgen wissentlicher Falscherklärungen
- Ziffer 8: Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit
- Ziffer 9: Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG)
- Ziffer 10: Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt
- Ziffer 11: Eigenerklärung Bezug zu Russland
- Ziffer 12: Referenzliste
- Ziffer 13: Unterzeichnung des Teilnahmeantrags

1. Ich/Wir bewerbe(n) mich/uns hiermit um die Beauftragung der ausgeschriebenen Leistung.

Die gemäß Aufforderung zur Teilnahme am Bewerbungsverfahren verlangten Bescheinigungen und Erklärungen sind beigelegt.

Die vom Bewerber beigelegten Eigenerklärungen, Bescheinigungen und Angaben sind nachfolgend vom Bewerber anzukreuzen. Im Folgenden sind dann an den hierfür vorgesehenen Platzhaltern die entsprechenden Angaben durch die Bewerber auszufüllen und zu ergänzen. Ebenso ist an den dafür vorgesehenen Stellen anzukreuzen. Mit Unterzeichnung und Abgabe des Teilnahmeantrags werden nachfolgende Punkte bestätigt.

- ☐ Eigenerklärung zur Berufsqualifikation (Eintragung bei der Architektenkammer/Ingenieurkammer) gem. Formblatt Ziffer 2 + **Nachweis.**
- ☐ Eigenerklärung zur Berufshaftpflicht- und Vermögensschadenversicherungsdeckung gem. Formblatt Ziffer 3 + **Nachweis.**
- ☐ Ausländisches Büro gemäß Formblatt Ziffer 4
- ☐ Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß Formblatt Ziffer 5
- ☐ Zustimmung zur Datenverarbeitung gemäß Formblatt Ziffer 6
- ☐ Hinweis auf Folgen wissentlicher Falscherklärungen gemäß Formblatt Ziffer 7
- ☐ Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit gem. Formblatt Ziffer 8
- ☐ Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG) gemäß Formblatt Ziffer 9
- ☐ Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt gemäß Formblatt Ziffer 10
- ☐ Eigenerklärung Bezug zu Russland gemäß Formblatt Ziffer 11
- ☐ Referenzliste gemäß Formblatt Ziffer 12
- ☐ Unterzeichnung des Teilnahmeantrags gemäß Formblatt Ziffer 13

oder/und (optional!)

- ☐ Einheitliche Europäische Eigenerklärung

2. Eigenerklärung zur Berufsqualifikation

- ☐ Hiermit erkläre ich/erklären wir, dass wir zur Ausführung der ausgeschriebenen Leistung fachlich qualifiziert bin/sind.
- ☐ Zum Nachweis füge ich/fügen wir die Eintragungsbestätigung bei der Architekten- bzw. Ingenieurkammer bei.

3. Eine Berufshaftpflicht- und Vermögensschadenversicherung besteht bei dem folgenden Versicherungsunternehmen: _____

Ich/wir erklären, dass eine Versicherung mit folgenden Deckungssummen im Einzelfall besteht bzw. abgeschlossen wird und die Bestätigung hierfür vorliegt:

Personen- und Sachschäden: _____ Euro

Vermögensschäden: _____ Euro

Mindestdeckungssummen: 1 Mio.€ für Personen- und Sachschäden und 1 Mio.€ für Vermögensschäden. Das Nichterreichen dieser Deckungssummen ist ein Ausschlussgrund.

- ☐ Der Nachweis des Versicherungsschutzes oder eine Versicherungsbestätigung ist beigelegt.

4. Ich bin/Wir sind ein ausländisches Büro aus einem

(falls zutreffend ist vom Bewerber anzukreuzen!)

- ☐ EWR-Staat bzw. Staat des WTO-Abkommens _____ (Nationalität)
☐ anderer Staat _____ (Nationalität)

5. Ich/Wir erkläre(n), dass

- ich/wir über mein/unser Vermögen weder ein Insolvenzverfahren oder vergleichbares gesetzliches Verfahren beantragt habe(n) noch eröffnet wurde,
- ich mich/wir uns nicht in Liquidation befinde(n),
- ich/wir keine schweren Verfehlungen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit begangen habe(n), die meine/unsere Zuverlässigkeit in Frage stellt, insbesondere wegen illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften in den letzten zwei Jahren nicht mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen einer Geldbuße von mehr als 2.500 EUR belegt worden bin/sind,
- ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen bin/sind und
- ich/wir in der Bewerbung wissentlich keine unzutreffende Erklärung in Bezug auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit angegeben habe(n). Ich bin/wir sind uns bewusst, dass wissentlich falsche Erklärungen meinen/unseren Ausschluss zur Folge haben kann.

(Zutreffendes ist vom Bewerber anzukreuzen!)

- ☐ Es wird bestätigt, dass keine der vorbenannten Verfehlungen vorliegt.
☐ Es liegen folgende Verfehlungen vor:

6. Der Bewerber erklärt sich damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren elektronisch verarbeitet und gespeichert werden.

(Zutreffendes ist vom Bewerber anzukreuzen!)

- ☐ Einverständnis wird erteilt.
☐ Einverständnis wird versagt.

7. Der Bieter ist sich gewiss, dass eine wissentlich falsche Erklärung den Ausschluss von diesem und weiteren Vergabeverfahren sowie die fristlose Kündigung eines etwa erteilten Auftrages aus wichtigem Grund zur Folge haben kann.

(Zutreffendes ist vom Bewerber anzukreuzen!)

- ☐ Gewissheit besteht.
☐ Gewissheit besteht nicht.

8. Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit gemäß §§ 123,124 GWB

Mir ist bekannt, dass ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren wegen Unzuverlässigkeit ausgeschlossen werden muss, wenn der Auftraggeber Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen:

- a) § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b des Strafgesetzbuches (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- b) § 261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- c) § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- d) § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- e) § 334 des Strafgesetzbuches (Bestechung), auch in Verbindung mit Artikel 2 des EU-Bestechungsgesetzes, Artikel 2 § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung, Artikel 7 Abs. 2 Nr. 10 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes und § 2 des Gesetzes über das Ruhen der Verfolgungsverjährung und die Gleichstellung der Richter und Bediensteten des Internationalen Strafgerichtshofes,
- f) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- g) § 370 Abgabenordnung, auch in Verbindung mit § 12 des Gesetzes zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen und der Direktzahlungen (MOG), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden.

Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten. Ein Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn sie für dieses Unternehmen bei der Führung der Geschäfte selbst verantwortlich gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden gemäß § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) einer Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für das Unternehmen handelnden, rechtskräftig verurteilten Person vorliegt.

Mir ist weiterhin bekannt, dass ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Wettbewerb als Bewerber oder Bieter ausgeschlossen werden kann, wenn

- a) über dessen Vermögen das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,
- b) es sich in Liquidation befindet,

- c) es nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, die seine Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt,
- d) es seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nicht ordnungsgemäß erfüllt hat,
- e) es im Vergabeverfahren vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf seine Eignung abgegeben hat.

Ich versichere durch, dass keine zuvor genannten Verfehlungen vorliegen, die einen Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten.

Ich verpflichte mich, die vorstehende Erklärung auch von Nachunternehmern zu fordern und vor Vertragsschluss bzw. spätestens vor Zustimmung des Auftraggebers zur Unterbeauftragung vorzulegen.

(Vom Bewerber ist durch Ankreuzen die Kenntnisnahme und Versicherung zu bestätigen!)

- ☐ Vorstehende Ausführungen sind bekannt.
- ☐ Vorstehende Versicherungen und Verpflichtungen werden erteilt.

9. Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG)

Nach § 19 Abs. 3 MiLoG müssen öffentliche Auftraggeber beim Gewerbezentralregister Auskünfte über rechtskräftige Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 21 Absatz 1 oder Absatz 2 MiLoG anfordern oder verlangen von Bewerberinnen oder Bewerbern eine Erklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Absatz 1 MiLoG nicht vorliegen.

Hiermit erkläre(n) ich/wir, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Absatz 1 MiLoG1 nicht vorliegen.

(Ort, Datum) (Unterschrift, Firmenstempel)

10. Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Niedersachsen NTVergG

Ich erkläre / Wir erklären, dass

() meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt von mindestens 9,60 Euro (brutto) pro Stunde bezahlt wird

oder

() mein / unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

Zutreffendes bitte ankreuzen.

11. Eigenerklärung Bezug zu Russland

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, **genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,**
 - a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
 - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
 - c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.
2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden,** beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.
3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden,** beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

(Ort, Datum) (Unterschrift, Firmenstempel)

12. Referenzliste

Referenz-Nr: _____

Referenzen nummerieren und Formblatt entsprechend vervielfältigen!
Die Darstellung auf maximal einem zusätzlichen DIN A 4-Blatt je Referenz ist zugelassen.

Es werden Referenzen berücksichtigt, die innerhalb der letzten 10 Jahre erbracht wurden und bei denen mindestens die Leistungsphase 3 abgeschlossen ist.

Zwingende Angaben!

Auftraggeber:

| | | |
|--|-----------------------------|-----------------------------|
| | <u>Adresse Auftraggeber</u> | <u>Telefon Auftraggeber</u> |
| () öffentlicher Auftraggeber () privater Auftraggeber | | |

Bezeichnung des Projekts: _____

Vergleichbarkeit der Planungsleistung:

| | |
|---|--|
| Planung einer Verkehrsstation im Sinne einer Stadtbahn-, Bus- oder Bahnhaltestelle oder eines Stadtbahn- oder Busbetriebshofes oder einer ähnlichen Anlage mit Überdachung, Leistungsbild Objektplanung oder Ingenieurbauwerk, mindestens Leistungsphasen 1 bis 3 | |
| Planung eines Daches oder Gebäudes unter dem Gesichtspunkt „grüne Architektur“, beispielsweise Planung eines Gründaches etc., Leistungsbild Objektplanung oder Ingenieurbauwerk, mindestens Leistungsphasen 1 bis 3 | |

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

erbrachte Leistungsphasen: _____

Projektvolumen (Baukosten KG 300 + KG 400 netto): _____

(Mindestanforderung 2,0 Mio. € netto)

Weitergabe beauftragter Leistungen an Nachunternehmer:

- () ja
() nein

Falls ja, Darstellung der weitergegebenen Leistungen:

Es wird die Anzahl der vergleichbaren Referenzen gewertet. Die Bewerber mit der höchsten Anzahl vergleichbarer Referenzen werden zur Teilnahme am Wettbewerb eingeladen. Sollte sich ein Gleichstand bei der Anzahl der Referenzen ergeben, entscheidet das Los.

Mindestanforderungen:

Mindestens 2 vergleichbare Referenzen,

davon mindestens 1 Referenzen „Planung einer Verkehrsstation“ und mindestens 1 Referenz „grüne Architektur“.

13. Die Unterzeichnung des Teilnahmeantrags gilt für alle Teile. Die Unterzeichnung ist zwingend!

Unterschrift(en) des Teilnehmers- *) / Firmenstempel

Namen der Unterzeichner in Druckbuchstaben